

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 8. November 1924

Nummer 95

Bekanntmachung

Nach dem Eingehen des Tarifamtes und durch die Zeit der Inflation sind auf dem Gebiete der Berufs- und Tarifstatistik fühlbare Lücken entstanden. Es ist zur zwingenden Notwendigkeit geworden, wieder einen genaueren Überblick über die Gegenwartsverhältnisse zu erlangen. Der Verbandsvorstand hat deshalb vor einiger Zeit beschlossen, im Monat November eine auch die tariflichen Verhältnisse umfassende

Statistik

aufzunehmen. Die Fragebogen sind bereits zum Versand gelangt. Als Stichtag für die Aufnahme ist der **10. November 1924** festgesetzt. Die ausgefüllten Fragebogen sind bis spätestens **17. November** an die Gauvorstände zurückzuschicken.

In Anbetracht der besonderen Wichtigkeit dieser Statistik für künftige Tarifverhandlungen richten wir an alle mit der Ausfüllung der Fragebogen betrauten Kollegen den dringenden Appell, sich dieser Aufgabe gewissenhaft zu entledigen. Die Statistik muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, ein möglichst umfangreiches und genaues Bild der gegenwärtigen beruflichen, organisatorischen und tariflichen Verhältnisse ergeben.

Berlin, den 1. November 1924.

Der Verbandsvorstand

Zu dieser Bekanntmachung ist in der vorigen Nummer schon etliches gesagt worden in dem Artikel über die Gauvorsteherkonferenz. Die ausgezeichneten Statistiken des Tarifamtes haben durch die große Erprobung des Kollegen Paul Schliebs in der Bearbeitung Ruf erhalten. Das Tarifamt ist leider nicht mehr. Die Berufsstatistik aber wird nun zur Aufgabe des Verbandes; § 1 Abs. k des Verbandsstatuts verpflichtet sogar den Verbandsvorstand dazu.

Diese nach langer Zeit wieder erste Statistik von der Gesamtorganisation muß ohne weiteres den Beweis erbringen, daß die von altersher stammende statistische Schulung der deutschen Buchdruckergehilfen keine Einbuße erlitten hat, oder daß sie sich ebenbürtig zeigen will dem, was früher darin erfreuliche Tatsache gewesen ist. Wir wissen wohl, daß die 93 Fragen für den Druckereivertrauensmann keine Kleinigkeit sind, erwarten deswegen aber auch, daß ein jeder die von ihm verlangten Angaben rasch und gewissenhaft dem Vertrauensmann macht. Demselben ist jedwede Unterstützung zu gewähren. In eine Erläuterung des Fragebogens möchten wir aus bestimmten Gründen nicht eintreten; die Notwendigkeit einer jeden Fragestellung erhellt ja von selbst.

Da am Erhebungstag, **10. November**, der neue Tariflohn bzw. das nach der Gehilfenforderung sich ergebende neue Minimum ja noch nicht Geltung haben wird, kommt eben das bisherige für die Statistik in Betracht. Wo der neue Tariflohn aber doch schon gezahlt werden sollte, so bauen sich alle nach dem Lohn gestellten Fragen auf diesem neuen Minimum auf. Auf keinen Fall darf durch die Lohnbewegung irgend eine Verzögerung der äußerst wichtigen Verbandsstatistik eintreten. Am **17. November** muß die Verarbeitung durch die Gauvorstände beginnen. Diese schwierigen Zusammenstellungen müssen dann von dieser Seite mit aller Kraft gefördert werden.

Die Verbandsstatistik kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn alle Druckorte und alle Druckereien erfasst und alle Fragen genau beantwortet werden!

Zur Situation

In Verfolg eines Antrags des Deutschen Buchdruckervereins auf Verbindlichkeitserklärung des am 30. Oktober gefällten Schiedsspruches hatte das Reichsarbeitsministerium die Vertreter der Tarifparteien zu nochmaligen Verhandlungen am 5. November, vormittags 11 Uhr, eingeladen. Zu eigentlichen Plenarverhandlungen kam es jedoch nicht, da der Vertreter des Reichsarbeitsministers, Herr Oberregierungsrat Dr. Mewes, zunächst versuchte, in engeren Sonderberatungen mit den Parteien festzustellen, ob sich ein Weg zur Verständigung in freier Vereinbarung finden ließe. Da diese Bemühungen des Regierungsvertreters bis in die Abendstunden völlig ergebnislos verliefen, wurde die Fortsetzung der Beratungen auf den Vormittag des nächsten Tages (6. November) verschoben. Aber auch diese Verhandlung führte bis in die Nachmittagstunden nur dazu, daß die Prinzipale ihren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 30. Oktober als aussichtslos zurückzogen, im übrigen aber sich zu den von den Vertretern der Arbeiterschaft aufrechterhaltenen Forderungen in der Hauptsache ablehnend verhielten.

Infolgedessen wurden die Verhandlungen von Herrn Oberregierungsrat Dr. Mewes als gescheitert erklärt und den Parteien mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse ein neues Schiedsverfahren einleiten werde. Der Termin dieses neuen Verfahrens stand bei Abschluß dieser Nummer noch nicht fest, dürfte jedoch spätestens zum Sonnabend, 8. November, angesetzt werden. In Anbetracht dieser Sachlage sind die bekannten Maßnahmen der Gauvorsteherkonferenz aufrechtzuerhalten.

Sollten die Verhandlungen am Sonnabend eine veränderte Situation ergeben, so wird die nächste Nummer des „Korr.“ einen Tag früher erscheinen.

Prinzipalsseitige Antwort auf die Ablehnung des Schiedsspruches

Die Leser der „Zeitschrift“ erfuhren am 5. November an erster Stelle in Zeitdruck folgende unterschrittslose Bekanntgabe an alle:

Den von der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums am 30. Oktober gefällten Schiedsspruch, der in der Spitze einen Wochenlohn von 37 M. vom 1. November ab vorsieht, haben die Gehilfen und Hilfsarbeiter am Montag, dem 3. November, abgelehnt.

Die Arbeitgeber, die den Schiedsspruch nur unter schwersten Bedenken annehmen bereit waren, haben die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Bis zur Entscheidung dürften noch einige Tage verstreichen. Die Kreis-, Bezirks- und Ortsvorstehenden des Deutschen Buchdruckervereins sind benachrichtigt worden, daß es empfehlenswert ist, schon bei der nächsten Lohnzahlung die im Schiedsspruch festzulegenden Tarife gemäß einer den Vorstehenden überlieferten Lohnabelle zur Grundlage zu legen. Die vom Schlichter empfohlene Nachzahlung für die beiden letzten Wochen ab 18. Oktober ist vorläufig zu unterlassen. Über den Schiedsspruch hinausgehende Lohnforderungen sind unter allen Umständen abzulehnen.

Die Urheber dieser Bekanntgabe in der „Zeitschrift“ möchten also zunächst von der in der vorhergehenden Nummer des Prinzipalsorgans weit deutlicher ausgesprochenen Annahme des Schiedspruchs insofern loskommen, als die unter Punkt 3 des Schiedspruches aufgeführte Nachzahlung nun unterbleiben soll.

Wenn das eine Bestrafung wegen Nichtannahme des Schiedspruches sein soll, so ist das ein recht gequälter Witz. Die Ablehnung über den Schiedspruch hinausgehender Forderungen „unter allen Umständen“ ist aber nichts anderes als Bluff. Das Bluffen verstehen die Herrschaften vom DDB ja immer meisterlich, wenn sie sich außer dem Bereiche sofort schlagfertiger Gehilfenkritiker befinden. In der Chicagoer „Abendpost“ vom 17. Oktober lesen wir da von großer Heiterkeit der Delegierten auf der amerikanischen Prinzipalsitzung über die zur Inflation der Inflationen der deutschen Kästen vorgeführten Wochensätze der deutschen Buchdrucker-Gehilfen. Sollte man hinzusetzen, um wieviel die Buchdrucker damit hinter vielen andern Arbeitergruppen noch zurückgefallen haben in ihrem Lohne, dann hätten die amerikanischen Prinzipale ihre deutschen Gäste wohl auch von einer andern Seite betrachtet.

Der Aufmarsch mit der Kündigung bei der Novemberaktion 1924 der Gehilfenschaft ist doch eine andre Sache als das matte Echo auf die tönende Generalauspernungsparole der Prinzipalität am 31. Dezember v. J. Von der Gehilfenschaft wird nicht gebufft! Das möge man auf dem „Feldherrnhügel“ des DDB. ja erfassen.

Situationsberichte aus dem Reiche

Die Tagesordnung zur Generalversammlung in Berlin am 3. November lautete nur: „Berichterstattung von den Lohnverhandlungen“. Der Saal war überfüllt, so daß die Galerien geöffnet werden mußten. Das allgemeine Interesse rief sämtliche Funktionäre auf den Plan. Kollege Braun gab seinen Bericht in eingehender Weise. Am Schluß seiner Ausführungen richtete Braun einen feurigen Appell an die Kollegen, dem Aufruf des Verbandsvorstandes, der durch die Gauvorsteher beschlossen wurde, Folge zu leisten sowie die Disziplin, die Einigkeit und Geschlossenheit hochzuhalten, dann werde unsere gegenwärtige Bewegung auch den gewünschten Erfolg zeitigen. (Stürmischer Beifall.) Ein von der Opposition eingereichter Antrag stellte sich in der einzuschlagenden Taktik viel schärfer ein als Verbandsvorstand, Gauvorsteherkonferenz und die beteiligten Organisationen. Die Versammlung stellte sich auf den einheitlichen Standpunkt, der Schiedspruch sei undistutabel, daher erübrige sich jede weitere Diskussion. Mit dem Ergebnis, jede Überstunde abzulehnen und am andern Tage die Kündigung einzureichen und am Samstag diese zu wiederholen, ging die Versammlung in bester Siegesverfassung auseinander. — Die Sache der Gehilfenschaft steht in Berlin überaus günstig. Eine ganze Anzahl von Firmen hat die gestellte Lohnforderung ohne weiteres bewilligt. Alle übrigen Firmen erklärten sich bereit, das Ergebnis einer Einigung von vornherein anzuerkennen. Nur drei Firmen lehnten die Forderung rundweg ab.

Zu den Streiks in Breslau, Liegnitz, Oels sei auf Grund direkter Mitteilungen oder von Zeitungsmeldungen zur Kenntnis gebracht: Am 31. Oktober traten in Breslau die Mitglieder des Verbandes und des Gutenbergbundes in den Streik, nachdem am den Tagen zuvor, zum Teil während der Arbeitszeit, in Versammlungen der Unwille über die sogenannte Lohnpolitik der Prinzipalität explosive Steigerung erfahren hatte. Durch Anschlag sowie durch Extrablätter gaben die Prinzipale und die Zeitungsverleger der Bevölkerung diesen Konflikt bekannt. Es wurden darauf von der Breslauer Gehilfenschaft als Einheitszeitung: täglich die „Breslauer Nachrichten“ herausgegeben mit Inseparatenteil. Auch das Erscheinen der beiden Arbeiterblätter wurde, wie es in einem Versammlungsbericht heißt, „aus taktischen Gründen“ abgelehnt. Wie die „Eca“ berichtet, wird der Streik in Breslau von der Gehilfenschaft mit allen Mitteln durchgeführt. Den Verlegern war es bisher nicht möglich, ein gemeinsames Nachrichtenblatt, wie bei dem letzten Streik, herauszubringen. Die einzelnen Verlage wollten versuchen, ihre Zeitungen im kleinsten Umfang mit den wichtigsten Nachrichten herauszugeben. Bis her ist das jedoch noch nicht gelungen. Die „Schlesische Zig.“ spricht in einem Extrablatt von einem Streik aus „politischen Gründen“. Wir haben dem Urteile der Gauvorsteherkonferenz über das gewerkschaftstaktisch falsche Vorgehen in Breslau nichts hinzuzufügen, wollen aber doch die „politischen Gründe“ entschieden ablehnen. Es haben vielmehr reine Magengründe über die Erwägung gesteht, daß man erst eine einheitliche Kampfparole abwarten hat, und daß dann ein Bewilligungsstreik eher zum Erfolge führt als ein die Unternehmerschaft zusammenschweißender Gesamtstreik. Die Prinzipale in Breslau und in Schlesien brauchen übrigens nicht gar zu verwundert sein über dieses Ungeheuer. Seit Jahren schon gebärden sie sich als die Tarifreaktionäre und sind in der Lohnfrage unverdrossene Rückwärtskriecher. — In V i e n n e wurden, ebenfalls vorzeitig, am 3. November schon Verhandlungen mit der Prinzipalität auf der Grundlage von 25 Proz. gefordert. Da kein Ergebnis zu erzielen war, wurde sofort die Arbeit eingestellt; die Gutenbergsbündler und die R.-B., zusammen mit den technischen Angestellten 20 Mann, machten nicht mit.

In Darmstadt nahm eine am 4. November abgehaltene außerordentlich gut besuchte Bezirksversammlung nach einem eingehenden Referat des Kollegen B a k e r Stellung zur Lohnbewegung. Die von

dem Referenten vorgelegten Richtlinien, die sich im Sinne der vom Verbandsvorstand und der Gauvorsteherkonferenz herausgegebenen Anweisungen bewegten, wurden mit stürmischem Beifall und dem Ausdruck des Dankes an unsre Führer einstimmig angenommen. Einer aus neun Kollegen bestehenden Lohnkommission wurden sämtliche notwendige Arbeiten übertragen.

In E s s e n ist es wegen abgelehnter Lohnforderung bei der „Abeinisch-Westfälischen Zeitung“ zum Zustand gekommen.

In F r e i b u r g i. B. sollen, Mitteilungen der Tagespresse zufolge, die Gehilfen am Mittwochvormittag die Arbeit niedergelegt haben. Infolgedessen ist das Erscheinen der Zeitungen in Frage gestellt, mit Ausnahme der „Volksmacht“, deren Personal arbeitet.

Die Mitgliederversammlung in L e i p z i g am 3. November gestaltete sich zu einem imposanten Protest gegen das provokatorische Verhalten der Prinzipale und gegen den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch. Lange vor Beginn der Versammlung strömten die Leipziger Buchdrucker zu Tausenden nach dem Versammlungslokal, das trotz aller Nebenräume nicht alle zu fassen vermochte. Sämtliche Druckereien Leipzigs und der umliegenden Druckorte waren verletzten. Kopf an Kopf standen die Kollegen und folgten den Ausführungen des Kollegen H e l l b a r t h. Als er die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz bekannt gab, war große Enttäuschung auf den Gesichtern zu lesen; alle wollten die Provokation der Prinzipale mit sofortiger Arbeitsniederlegung heimzahlen. Doch gelang es dem Referenten, nachdem in der Diskussion ein Redner gegen, einer für Annahme der Beschlüsse gesprochen hatten, in seinem Schlüsselwort die Kollegen zu überzeugen, daß es der beste Weg sei, der hier von den Zentralinstanzen ersonnen werde. Die Beschlüsse der Gauvorsteher wurden dann auch mit großer Mehrheit angenommen. — In Leipzig haben zunächst die vier Arbeiterdruckereien und elf andre Firmen bewilligt. Eine ganze Anzahl weiterer zeigt dazu auch Geneigtheit, es muß aber irgendein Terrorismus im Spiele sein, der ein Herausgeben bis jetzt verhindert. Aber das Wichtigste, „der Rot gehörend, nicht dem eignen Triebe“, hat man im Prinzipalsorgan und aus Prinzipalsreden über den Verband schon manchen billigen Spott vernahmen können. Die Unfreiheit scheint jedoch nirgends größer zu sein als im DDB. Das nennt sich dann „Geschlossenheit“ und wird als beispieldgebend obendrein noch hinausposaunt. Die Leipziger Kollegenchaft hat in dieser Woche bereits befunden, daß es bei einem Kampfe hart hergehen wird in Deutschlands Bühnenmetropole.

Aus T r i e r erfahren wir, daß dort ein allgemeines Provisorium geschaffen worden ist bis zur endgültigen Klärung des Konflikts; dieses Provisorium bedeutet jedoch keine Minderung der Gehilfenforderung.

Erwiderungen

In Nr. 91 des „Korr.“ vom 29. Oktober 1924 befindet sich ein Zitat aus meinem Artikel im „Archiv für Buchgewerbe“, welches aus dem Zusammenhang gerissen und deshalb in seiner Tendenz mißverständlich ist. Der fragliche Artikel, welcher sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Buchdruckgewerbe im Jahre 1923 befaßt, wurde Ende Januar 1924 unter dem frischen Eindruck der eben beguendeten Inflationszeit geschrieben. Er ist dann im August im „Archiv“ erschienen und findet erst im Oktober Beachtung. Er soll ein Stimmungsbild geben für das Jahr 1923, ebenso wie meine zahlreichen vorausgehenden Aufsätze zu dem Thema: „Wirtschaftliche Lage im Buchdruckgewerbe“. Jeder, der diese Artikel verfolgt hat, weiß, daß hier mit knappen Strichen versucht wird, sine ira et studio, das Wesentlichste aus den Geschäften in unserm Gewerbe herauszuheben und vor allem die Entwicklungsrichtungen aufzuzeigen. Nur aus der damaligen Stimmung und den damaligen Verhältnissen heraus ist daher meine Kritik zu werten.

Das Zitat ist aber überdies falsch verstanden und mißverständlich angewendet worden. Meine Kritik richtet sich keineswegs gegen den DDB, oder dessen Zeitung, deren große Arbeitsleistung ich ausdrücklich anerkante, als vielmehr gegen das Parteil von Gleichgültigen und Unfähigen, die sich auf der Bühne des Organisationslebens etwas vorspielen lassen, was schicksalhaft und tragisch gemeint ist und von der Masse nur als Unterhaltung innerlich Unbeteiligter hingenommen wird.

Hierin liegt der Gegensatz zu dem, was ich im Abschnitt vorher über die Gehilfenschaft ausführte, wo die überstarke, über die Grenzen weit hinausgehende Initiative bei der Masse liegt, die ich mit dem wildbewegten Meer verglich, in dem die Steuerleute das Schiff leicht aus der Gewalt verlieren. Nach einem bekannten Sprichwort wäre mir's lieber gemessen, wenn der Artikelschreiber des „Korr.“ aus diesem Abschnitt eine Kubanwendung gezogen und jenen den Prinzipalen selbst überlassen hätte.

Meine Kritik soll anregen zum Besseren, soll aufbauen und Entwicklung aufzeigen; sie ist aber viel ernster gemeint, als daß sie im Tageskampf polemisch verwertet werden dürfte.

M ü n c h e n, 1. November 1924.

Dr. Alfred Heller.

In Nr. 93 des „Korr.“ ist unter der Stichmarke „Werturteil über die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ ein Aufsatz der „Buchdrucker-Woche“ abgedruckt. Darin ist behauptet worden, daß das Sinnen der Beziehung der „Zeitschrift“ genötigt habe, vom Rotationsdruck zum Flachdruck zurückzugehen. Ferner ist behauptet, daß die „Zeitschrift“ durch 20 000 Gm. Adressaufschlag der Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft über Wasser gehalten werde.

Beide Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Nur zur Ermöglichung schnellster Berichterstattung in der Zeit allgemeiner schwerster

wirtschaftlicher Not wurde die „Zeitschrift“ im Rotationsdruck hergestellt. Für die Wiederaufnahme des Nachdrucks war der berechtigte Wunsch aller Interessenten maßgeblich, das offizielle Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins und anderer führender Organisationen des graphischen Gewerbes wieder in einer Form zu leben, die den repräsentativen Aufgaben des Vereins und des deutschen Druckgewerbes entspricht. Die „Zeitschrift“ erhält keinen finanziellen Zuschuß, weder von der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft noch von anderer Seite, sondern ist in der Lage, mit eigenen Mitteln sich zu erhalten und den Ausbau wirksam zu fördern.

Berlin, den 4. November 1924.

„Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“
C. A. Schroeder.

Wir wollen Herrn Dr. Selters Erwiderung ohne Einwendungen gelten lassen, haben jedoch zur Erklärung unseres Verhaltens zu sagen: In der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hat am 17. und am 21. Oktober unser Verbandstag zu einer nachhaltigen Verurteilung herhalten müssen, der eine Verherrlichung der Technischen Rottbisse durch einen ebenfalls diese Verbandstagsbeschlüsse kritisierenden „alten Gewerkschaftler“ mit bis auf das Jahr 1919 zurückliegendem Materiale direkt angehängt war. Die „Zeitschrift“ meinte, die Verbannung der Stahlhelmsbrüder, Wehrwölfe usw. aus dem Verbande durch den Hamburger Beschluß sei doch wohl, daß mehr solcher Leute, als nach außen hin ausgegeben werde, im Verbande sein müßten. Daraufhin haben wir aus dem „Archiv“-Artikel des Herrn Dr. Selters jene Stelle herausgeriffen, die uns zur Illustrierung gewisser Zustände im DBV geeignet erschien. Die Zeitung haben wir außer Betracht gelassen. Nach dem Verfahren der „Zeitschrift“ ist das unsrige demnach wohl verständlich.

Die zweite Erwiderung soll nach der Auffassung des Einsenders eine Berichtigung nach § 11 des Preßgesetzes von 1874 sein. Dieser so viel falsch verstandene Paragraph ist auch Herrn Schroeder noch nicht richtig eingegangen. Was er uns zuschickt, ist vielmehr eine Erwiderung, die wir lokalweise ganz aufnehmen. Der Geschäftsführer der „Zeitschrift“ erklärt selbst, daß der „Korr.“ eine Behauptung aus der „Buchdruckerwoche“ wiedergegeben hat. Dort war sie unter Leipzig erschienen. Ohne abzuwarten, welches Echo die doch vor allem der „Buchdruckerwoche“ zuzuschreibende „Berichtigung“ dort finden wird, haben wir zu erklären: Es ist auch uns schon länger bekannt geworden, daß die Buchdruckerberufsgenossenschaft jährlich einen Beitrag an die „Zeitschrift“ leistet. Auch die jetzige Höhe mit 20 000 M. ist uns keine Neuigkeit. Die „Zeitschrift“ ist von jeher amtliches Organ für die Buchdruckerberufsgenossenschaft. Es würde die Annahme nicht unwahrscheinlich sein, die Lieferung des amtlichen Organs erfolge an die Mitglieder der Berufsgenossenschaft auf allgemeine Kosten. Dann könnten aber die 20 000 M. bei dem hohen Bezugspreise der „Zeitschrift“ von 2 M. monatlich nur für 833 Berufsgenossenschaftsmittelglieder ausreichen. Bei 8255 Genossenschaftsbetrieblern also ein undenkbares Rechenexempel. Wenn der Zustand noch bestände würde, daß die Hälfte des Bezugspreises auf die „Zeitschrift“ den DBV-Mitgliedern als Mitgliedsbeitrag aufgeschrieben würde, was bei der engen Personalunion zwischen den Mitgliedern des DBV und der DBG ja zu machen wäre, dann könnten die 20 000 M. auch nur 1666 Mitgliedern zugute kommen. Bezahlung für die Benutzung der

„Zeitschrift“ im reaktionellen wie im Anzeigenteile im Beitrage von 20 000 M. anzunehmen, erscheint abwegig. Bekanntmachungen werden doch von Fall zu Fall bezahlt. Die Berichte über Sektionsversammlungen der DBG. sind in der „Zeitschrift“ schon sehr selten gewesen. Aber die Hauptversammlung in Hannover vor acht Wochen ist sogar bis jetzt nicht Berichterstattung erfolgt. Artikel, wie z. B. in Nr. 19 und in Nr. 38 der „Zeitschrift“, die vom Vorsitzenden der DBG. oder einmal einem andern Mitgliede geschrieben werden, sind doch aufklärerischer Natur, liegen im allgemeinen Interesse und können doch nicht noch bezahlt werden! Die Geschäftsstelle der „Zeitschrift“ bestreitet nun jeden finanziellen Zuschuß, ausdrücklich auch von Seiten der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft. Da möchten wir doch fragen, unter welcher andern Bezeichnung die in der Jahresabrechnung der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft für 1922 (der spätere Geschäftsbericht liegt uns noch nicht vor) zu findende Position „Anteil an den Kosten des amtlichen Organs“ zu stellen ist? Die Insertionskosten sind extra aufgeführt, Bezahlung für die wenigen reaktionellen Artikel ist nicht denkbar, kann ein „Anteil an den Kosten“ nicht auch als „Jahreszuschuß der Buchdruckerberufsgenossenschaft“, wie die „Buchdruckerwoche“ schreibt, deklarisiert werden? Wir wollen nicht sagen, daß von den 20 000 M. Leben und Sterben der „Zeitschrift“ abhängig ist, meinen aber, daß die DBG. sie viel zweckmäßiger zur möglichst vollen Wiederaufnahme ihrer vorzüglichen Statistiken verwenden könnte. Denn bei der „Zeitschrift“ ist ja laut Herrn Schroeder „alles da“! Schließlich sind Artikel wie in Nr. 48, worin ein Einsender für den schon ewig währenden „Ausbau“ des Prinzipsorgans einen Nachford voll Vorschläge nach der geschäftlichen Seite macht, nur eitles Gerede. Mit dem Vornehmen der Geschäftsstelle reimt sich das übertriebene, auch mit den „repräsentativen Aufgaben des Vereins und des deutschen Druckgewerbes“ gar nicht harmonisierende Reklamabeilagewesen der letzten Zeit recht schlecht zusammen. Red. des „Korr.“

Konjunktur- und Magenschmerzen der Prinzipale

Wie der „Korr.“ über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 28. Oktober berichtet hat, zeigten sich auf Prinzipalseite große Konjunktur- und Magenschmerzen. Der ebenfalls tonangebende Redner der Prinzipale operierte mit dem Magen der Buchdrucker und stellte ihn in Vergleich mit jenem der Buchdrucker. Diese proportionelle Magentheorie, die mit dem Indexmetermaß umsprang wie ein Lahmer mit einem Windhund, hat in unsern Kreisen ein geradezu ohrenbetäubendes Geräusch ausgelöst.

Einer unserer geriebensten Stifte lief sogar den ganzen Tag am 1. November mit der längsten Kolumnenschnur herum und besahnete sie als noch viel zu kurz, um den Umfang des Magens unserer Prinzipale zu messen, während er als Maßstab für seinen eignen Magen im dritten Lehrjahr mit einer 20-Cicero-Reglette herumspazelte. Mein Gassenjungen, der sonst ein ganz friedliches Haus ist, benedete sogar die Buchdrucker wegen ihres geringeren Magenumfangs und verzog unsäbliche Krokobilstränen wegen der großen Last, die der Sprecher der Prinzipale vor dem Reichsarbeitsministerium an seinem Magen haben müßte, wenn dessen Umfang mit dem Umkehrungsfaktor des heutigen Druckpreistarifs übereinstimmen sollte.

Ideale Pflegstätten der Kollegialität

Nabezu so alt wie unsere Organisation sind unsere Kollegengesangvereine. Was wäre ein Jubiläum oder ein Stichtagsfest oder irgendeine andre kollegiale Festlichkeit ohne die Mitwirkung unserer Sangesbrüder! Man muß als Freund des Gesanges die Entwicklung und Ausbreitung des deutschen Liedes seit langen Jahren in unsern Gesangvereinen verfolgt haben, um sich ein Bild von dem Vorwärtstreben derselben machen zu können.

Aus den Gesangvereinen, die früher fast ausschließlich nur bei Festlichkeiten des Verbandes ihr Lied erklingen ließen, haben sich längst große Chöre entwickelt, die ein Recht haben, sich öffentlich hören zu lassen und die durch ihr Können das Ansehen der im Verbande organisierten Gehilfenschaft heben. Einzelne Gesangvereine haben seit Jahren sich einen Ruf in der Gesangkunst erworben, und über ihre Leistungen sind die Kunstkritiker Lobes voll. Anerkennung und Wertschätzung verdienen aber auch unsere kleinen Gesangvereine, die ihrem Kräfteverhältnis entsprechend zur Pflege der Kollegialität ihr Bestes zu leisten dauernd bemüht sind. Das Lied schlägt eine Brücke zum Herzen der Menschen, und es steigt die Begeisterung für Erreichung gesteckter Ziele, wenn das Lied die Weise dazu gibt. Man lese nur die Berichte über unsere Feste oder über größere Tagungen unsres Verbandes, immer wird man erfreulicherweise herliche Worte der Anerkennung für die Sangesbrüder finden, „die dem Feste durch ihr Lied erst die rechte Würze gaben“.

Ich habe in voriger Woche die Berliner „Typographia“ die Szenen aus der „Kriethofsgasse“ singen hören, die außerordentliche Anforderungen an den Gesangslehrer und an die Sänger stellt, die aber pfiesend überwunden wurden und mit einem großen Erfolg für die Sänger endeten. Wie packend erklang: „Tempelbrand! Gießt Wasser aus, das ganze Meer steht drüber!“ und der Schlusschor: „Wenn es stürmt mit Nacht, hiß die Segel empor, es ist Licht auf stürmender See! Laß es geh'n, wie es geht; wer da reißet, ist feig, eh' du reißest, zugrunde geh'!“

Das war Gesang wie aus einem Guß! Das Ergebnis unendlicher Mühe des Gesangslehrers und Dirigenten wie der Sänger!

Wie wenige von uns aber überlegen, welche Opfer die Sänger für solche kollegiale Leistungen zu bringen haben. Allwöchentliche Übungsabende, die sich der harten Tagesarbeit anschließen; die Hergabe freier Stunden und Sonntage, die andre vielfach recht unnütz vergeuden; Mehrverbrauch an Kleidung und Wäsche, geldliche Ausgaben u. dgl. mehr. Wer als Mitglied des Gesangvereins ein Jubiläum feiert oder sonst einen hohen Festtag in seiner Familie begeht, erwartet draußen vor der Tür das Anbeben eines Festerledes durch seine Sangeskollegen. Allerdings hat ihr Sangesbrüder es unterlassen, meine verschiedenen Jubiläen durch ein Lied zu verschönern, dafür singt ihr mir bestimmt zu meiner nicht allzufernen letzten Fahrt einen Scheidezug; nicht wehmütig, aber trübsal und fest, wie mein Leben im besten Sinne es war.

Ich frage noch einmal: Wird das vielseitige kollegiale Bemühen der Sangesbrüder unsererits nun genügend gewürdigt und wird ein solches Aufgeben im kollegialen Interesse auch ausreichend unterstützt? Ich sehe unter unsern Sängern so viele im Beruf ergraute Köpfe. Besteht es nicht an Nachwuchs aus den Kreisen der jungen Kollegen? Sind auch genügend inaktive Mitglieder vorhanden, die mit ihrem Beitrag die finanziellen Verhältnisse der Gesangvereine regeln helfen? Ich meine, unsere Gesangvereine verdienen es, daß man ihre Arbeit richtig wertet, und daß man öffentlich auch einmal im Rahmen eines besonderen Artikels darauf zu sprechen kommt, was unsere Gesangvereine für das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl in Wirklichkeit zu bedeuten haben, und wie sehr sie die Mitwirkung sangestundiger und sangesfreudiger Kollegen verdienen. Wo das Wort verfaßt, um zu höherem Ziele fortzuzureichen, ist es oft das Lied, das stürmt und drängt, höchste Begeisterung und Kampfesfreudigkeit entflammen läßt!

Darum singe, wenn Gesang geschehen, und schlicke dich unsern Gesangvereinen zu erster und nachhaltigster Arbeit an. Wer es tut, leistet doppelt Arbeit im Verbandesleben, und solche Mitarbeit tut uns not.
Berlin.

Es ließen sich zentnerschwere Bände schreiben, wenn ich all das wiedergeben sollte, was an diesem Tage in unsrer Bude an zwar unartiklischen aber doch zwerchfellerstärkenden Kommentaren über diese Magenfragen hin- und hergeschwirrt. Wer die Buchdrucker kennt, der weiß, zu welchen Saiten sie fähig sind. So etwas war aber schon lange nicht mehr da. Es wirkte wie ein Jungbrunnen in dieser traurigen Zeit. Ich gehe wohl auch nicht fehl, wenn ich annehme, daß es in diesen Tagen nur wenige Tempel der schwarzen Kunst gegeben haben dürfte, in denen der Druckfehlerteufel und die große Schar der Wikibolbe nicht auf ihre Rechnung gekommen sind.

Auch das Konjunkturproblem hat zurzeit seinen Umgang. In allen Farben des Regenbogens nebst jenen der Ostwaldischen Farbentheorie schillert das Konjunkturproblem aus allen Geistesblühen der Jünger der schwarzen Kunst hervor. Gelernt ist gelernt! Der praktische Unterricht, den die Lohnstrategen des Deutschen Buchdrucker-Bereins der Arbeiter-schaft des ganzen Buchdruckgewerbes in den letzten Jahren auf diesem Gebiete gegeben haben, war nicht vergebens. Man erinnert sich mit besonderem Vergnügen an die geradezu wahnsinnige Katastrophopolitik unsrer Prinzipale im vergangenen Jahre. Man zieht Vergleiche mit der heutigen Auslastung aller Betriebe mit „Sachwerten“ an Druckmaschinen, Sebmäshinen, Schriften, Papierlagern usw. und denkt mit Grauen an den fortlaufenden Rückgang aller Sachwerte in der eigenen Haushaltung. Man stellt fest, daß „unsre Prinzipale“ uns geradezu erbärmlich belogen und betrogen haben, indem sie uns mit Bettelpennissen entlohnt haben, während sie heute imstande sind, ihre Betriebe aus lauter Furcht vor der steuerlichen Erfassung ihrer von Tag zu Tag größer werdenden Einnahmen weit über den Friedensstand hinaus aufzuwerten.

Das sind Gegenfälle, die auch den ruhigsten unsrer Kollegen in Walslung bringen und es ihm als Witz erscheinen lassen, dieser Konjunkturpolitik mit allen Mitteln ein Ende zu machen. Dazu erscheint die von uns jetzt praktisch zu verwertende Lehre der Prinzipalstatistik das sicherste Mittel zu sein. Nur ist dabei noch der große Unterschied, daß unsre „Konjunkturpolitik“ nicht an Leihensledderei grenzt, indem wir die Erfüllung unsrer Forderung nicht von Zeitebenen verlangen, die selbst nichts zu nagen und zu beißen haben, wie dies z. B. in vergangenen Jahren bei uns der Fall war, sondern von „Schicksalsgenossen“, die nicht mehr wissen, wo sie mit ihren Moneten hin sollen. Es ist also ein gewaltiger Unterschied zwischen unsrer „Konjunkturpolitik“ und jener der Prinzipale. Als diese ihre Konjunkturschimmel ritten, da ging es sozusagen über Leichen. Jetzt, wo wir das Rok bestiegen wollen, sehen wir ringsum im Buchdruckgewerbe nur blühende Gefilde und Goldgruben im wahren Sinne des Wortes. Kein einziger Unternehmer im Gewerbe wird einer Magenverengung ausgesetzt sein, wenn er die letzte Forderung der Gehilfenschaft erfüllt; es wird im Gegenteil dadurch die Gefahr einer sehr ungesunden Magenverengung abgelenkt werden! Deshalb ist es weder Rücksichtslosigkeit noch Parteilichkeit, wenn wir heute auf Erfüllung unsrer berechtigten Forderung bestehen. Es ist ein Gebot der Pflicht und Gerechtigkeit, die jedem das Seine gibt, auf das er unter anständigen Menschen ein natürliches Recht hat!

Die Konjunktur- und Magenbeschwerden unsrer Prinzipale werden dadurch ihrer sichersten Heilung finden. Denn im Grunde genommen bestehen sie nur in einer moralischen Differenz. Diese wird sozusagen von selbst verschwinden, wenn die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Bereins endlich erkennt, daß das alte Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füß auch keinem andern an!“, eine weit bessere Grundlage für die Zukunft des Gewerbes darstellt als seine bisherige doppelte Buchführung mit den hohen Preisen und den niedrigen Löhnen. Denn weder die Kundenschaft, noch die Gehilfenschaft des Gewerbes lassen sich auf die Dauer ungestraft übers Ohr hauen. Möge diese Einsicht nicht erst dann kommen, wenn die Nemesis schon ihr Urteil gesprochen hat!

S. W.

Volkswirtschaft

Die Aufwertungsfrage und der Wohnungsbau

In Nr. 74 des „Korr.“ schreibt „Monitor“ einen Artikel zur Aufwertungsfrage, der zum Teil von falschen Voraussetzungen ausgeht, zum andern Teil aber auch die Aufwertungsfrage so geregelt wissen will, wie sie meines Erachtens nicht zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung ausfallen wird. Er glaubt, daß „solange die Hypothekfrage nicht eine vernünftige Lösung findet, auch der Bau von Wohnhäusern, der so dringend notwendig, nicht vorwärtsgen werden wird, weil niemand einem Hausbauer Gelder zur Verfügung stellen wird, solange keine gesetzliche Garantie zur Rückzahlung besteht“. Nun wird auch „Monitor“ wohl wissen, daß die Frage der alten, vor der Inflation gegebenen Hypotheken vollständig ein Kapitel für sich ist und mit den neu aufzunehmenden Hypotheken gar nichts zu tun hat, denn für letztere besteht schon die „gesetzliche Garantie zur Rückzahlung“, und zwar in Form eines Geleges über wertbeständige Hypotheken, das schon während der Inflation in Kraft getreten ist. Selbst wenn die Hypothekfrage in dem vom Artikelfschreiber gewünschten Sinne geregelt wäre, so würde dies auf die Neubautätigkeit keinen oder höchstens nur einen ganz geringen Einfluß ausüben.

Freig ist dann auch die schon oft gehörte Meinung, die Wohnungsbaufrage sei eine Kreditfrage. Nichts verkehrter als dieses, denn einzig und allein sind die Baustoffpreise die Kardinalfrage des Wohnungsbauwesens. Zugunsten sei, daß auch die zurzeit verlangten hohen Zinsätze außerordentlich verteuern wirken, doch sind dieselben nicht ausschlaggebend. Den Fall gesetzt, daß langfristige Hypotheken zu 4 bis

5 Proz. zu erlangen wären, so würde dies wohl den einen und andern Bemittelten veranlassen, für seine eigenen Zwecke zu bauen, jedoch eine auch nur einigermaßen bedeutende Miet- und Hausbautätigkeit würde niemals eintreten, weil die Baukosten heute noch so hoch sind, daß sie gegenüber denen der Vorkriegszeit fast das Doppelte ausmachen, denn der Baustoffmischer steht noch heute trotz der niedrigen Löhne in Blüte. Miet- und Hausbau bedeutet zurzeit für den bauenden Privatkapitalismus ein so großes Risiko, daß Mietwohnungen durch private Bautätigkeit bei gleichbleibender Höhe der Baustoffpreise in absehbarer Zeit nicht erstellt werden dürften.

Ein Beispiel möge dies erhärten: Wenn zurzeit ein Miethaus, das vor dem Kriege 30 000 M. gekostet hätte, bei doppelten Baufkosten 60 000 M. erforderte, so müßten an Zinsen (wir wollen sogar den Vorkriegssatz nur annehmen, obwohl hierfür keine Hypothek zu erlangen ist!) und Amortisation natürlich das Doppelte aufgebracht werden, d. h. die Mieten müßten fast das Doppelte der Vorkriegszeit betragen, wenn das Haus sich „rentieren“ soll; ohne dieses geht es nun einmal in der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß derartig hohe Mieten von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden können, die schon heute unter der überwerteten Lebenshaltung so leidet, daß sie die an die Friedensmiete immer näher heranrückenden Mietsteigerungen als unaerträglichen Druck empfindet.

Doch selbst wenn man dieses so bedeutungsvolle Moment ganz herauslassen könnte bei einer Betrachtung über die Möglichkeiten des privaten Miethausbaues, so kommt doch ein andres Moment hinzu, das man nicht übergehen kann, weil es die eigentliche Ursache ist, weshalb zurzeit durch Private keine Miethäuser gebaut werden: die Konjunkturunsicherheit in späteren Zeiten. Daß sich die Baufkosten mit dem Laufe der Zeit senken müssen und es auch werden, darüber sind sich alle sachverständigen Kreise klar. Selbst wenn dieses so langsam vor sich ginge, daß in zehn Jahren die Baufkosten statt zurzeit 200 Proz. nur noch 150 Proz. der Vorkriegshauspreise betrügen, so bedeutet dieses, daß das in unjerm Beispiel erwähnte Haus statt zurzeit 60 000 M. nur noch 45 000 M. kosten würde. Die auf dem neueren Hause ruhenden Zinsen- und Tilgungslasten wären also ganz erheblich geringer, nämlich nur noch 75 Proz. des jetzigen Betrages, der jährlich von dem älteren Hause aufgebracht werden müßte. Folglich können die Wohnungen des neueren Hauses um 25 Proz. billiger vermietet werden.

Was dieses in späteren Zeiten, wo der Wohnungsmarkt sich wieder in einem normalen Gleise bewegt, bedeutet, das ist unschwer zu erraten: nämlich der Bankrott desjenigen, der mit teuren Baufstoffen gebaut hat. Diese Gefahr erkennt man auch in den mahenden Kreisen. Wiederholt hatte ich Gelegenheit, in meiner Eigenschaft als Mietschöffe und Besitzer beim Mieteinigungsamt mit Hausbesitzern und Richtern über diesen Punkt zu sprechen, und noch stets mußte man für diese unausschließliche Folge keinen richtigen Ausweg; es sei denn, daß man als einen Ausweg bezeichnete, der Hausbesitzer müßte die Mieten so senken und durch starke Bindungen durchzuführen, daß sich auch die teuersten Häuser rentieren, oder aber die Hypotheken müßten eine Minderungs erfahren, daß die Lasten der teuren Häuser nicht höher wären als die zu niedrigeren Baufkosten erstellten. Das letztere ist zu absurd, um es überhaupt ernsthaft erwägen zu können. Es würde der Inflationsbetrug der Hypothekengläubiger eine neue Auflage erleben. Hierzu würde sich keine Gesegebung hergeben, weil sie jegliche Moral über den Hausen werfen würde. Die Mieten der billiger erstellten mit den teurer erstellten Häusern gleichzusetzen, würde auch ebenso unmoralisch sein, weil sie dem einen ganz unverbiente Gewinne in den Schoß werfen, aber auch in der Praxis sich nicht durchsetzen können, weil der Konjunkturkampf als Untrennbares der kapitalistischen Produktion alle diese Schranken ja doch durchbrechen würde.

Bei derartigen Erörterungen mit Hausbesitzern läßt sich auch feststellen, wie wenig diese Kreise an ihre Bauberformel glauben, daß die vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungs- und Mietwesen die notwendige Vorbedingung für den Wohnungsbau sei. Dieser Agitationsphrase der Hausbesitzer, die auch auf ihren jüngsten Kampftagen stark zu hören war, wird leider auch noch viel zu oft von wohnungslosen Proletariern Glauben geschenkt, wenn schon die Mehrheit doch längst erkannt hat, daß erstens die Zwangswirtschaft in dem Teile ja schon abgeschafft ist, welcher der Neubautätigkeit im Wege stand, nämlich, daß alle nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen oder künftig noch werdenden Wohnungen weder der Beschlagnahme unterliegen noch dem Mieterfuß unterworfen sind, und zweitens es sich für den Hausbesitz nur darum handelt, durch den Fall aller hemmenden Bestimmungen aus den alten Häusern ein großes arbeitsloses Einkommen zu erhalten, das in Anbetracht der durch die Inflation völlig verschwundenen Hypothekenzinsen ein ganz ungeheurer Skandal wäre, wenn die sich das Volk aufbauen muß.

Der Reichstag hat denn auch bisher den Wünschen der Hausbesitzer nicht den Gefallen getan, wenn er auch in anderer Beziehung in der Mietsteuerfrage ein sehr schlechter Wegbereiter für des Volkes Wohl gewesen ist.

Damit komme ich zur Beantwortung der Frage, wie denn nun der Wohnungsbau überhaupt betrieben werden soll. Meines Erachtens gibt es keine andre Möglichkeit des Wohnungsbauwesens in absehbarer Zeit, als die Ausführung durch Reich, Staat, Gemeinde und gemeinnützige Baugenossenschaften, nachdem aus den angeführten Gründen die private Bautätigkeit nicht einsetzen wird und nicht kann. Hier hätte der Reichstag ganz anders handeln müssen, als er es mit der Mietzinssteuer getan hat. Statt nur einen geringen Bruchteil derselben für den Wohnungsbau zu verwenden und den größten

Teil als Steuereinnahme einzufachen für seine andre Verpflichtungen, die aufzubringen sich die bestende Klasse noch stets vom Salze zu halten wußte, hätten die gesamten Erträge aus der Mietzinssteuer für den Wohnungsbau Verwendung finden müssen, wenn man schon nicht den von der Sozialdemokratie gezeigten Weg beschreiten wollte, an Stelle der Mietzinssteuer eine progressiv sich steigende Wohnungsbauabgabe zu erheben. Denn darüber dürfte unter den einsichtigen Menschen kein Zweifel bestehen: den wohnungslosen Mitmenschen, deren Zahl so ungeheuer groß ist, muß durch die Wohnungsbesitzenden geholfen werden. Daß hierauf in der Hauptsache die Besitzenden herangezogen werden müßten, ist selbstverständlich.

Nun zur Aufwertungsfrage als solcher. Ich bin grundsätzlicher Gegner jeglicher Aufwertung an die durch die Inflation geschädigten Gläubiger; dafür aber unbedingter Befürworter der Aufwertung in öffentliche Hand. Gegen „Monitors“ Ansicht, die Inflationsgeldverluste von Fall zu Fall durch gerichtliche Entscheidung festzustellen und von beiden Seiten tragen zu lassen, spricht sehr vieles, auf das man im Rahmen eines Auftrages nicht eingehen kann. Meine grundsätzliche Gegnerschaft gegen solche Aufwertungen enthebt mich denn auch dieser an sich recht leichten Aufgabe. Mit „Monitor“ bin ich jedoch der Meinung, daß hier „die arbeitslose Bereicherung keine neue Ernte machen darf“. Dies würde unzweifelhaft eintreten, wenn den Schuldnern von Hypotheken, Obligationen usw. nicht aufgewertet würde. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Aufwertung, welche ein schreiendes Unrecht beseitigen soll, ein neues Unrecht schaffen würde, wollte man sie nach „Monitors“ Meinung durchführen.

Es entsteht zunächst die Frage: Was soll aufgewertet werden? „Alles“, würde natürlich die Antwort lauten. Dieses ist jedoch eine glatte Unmöglichkeit. Man vergegenwärtige sich nur, wo die Mittel herkommen sollen, um alle Sparklassen zu haben, Kriegs-, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalanleihen aufzuwerten! Wo sind denn alle jene Werte geblieben, die einst als vollwertige Deckung hinter diesen Guthaben standen? Draußen auf den Schlachtfeldern von Frankreich und sonstwo, wo 4½ Jahre lang die von der Menschheit damals produzierten „Werte“ in Form von Geschossen, Kriegsgerät usw. hingefeuert wurden. Nicht nur, daß hierdurch die ungeheuren Werte materieller Natur und fünfjähriger Menschenarbeit des deutschen Volkes nuklos vertan, in den Dred geschleubert wurden, sondern mit diesen Werten ist auch ein Vielfaches dieser Werte auf den Kriegsschauplätzen zerstört worden, welches jetzt wieder in Form der Reparationen bezahlt werden muß; ganz abgesehen von dem ungeheuren Menschenverlust der Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren Folgen, der volkswirtschaftlich betrachtet, auch materiell ganz außerordentlich ins Gewicht fällt. Ein Mann also, wer glauben wollte, daß eine Aufwertung aller entwerteten Guthaben auch nur annähernd auf den Vorkriegswert möglich wäre, wo doch diese Werte gar nicht mehr vorhanden sind und darüber hinaus noch weit größere Wertverluste für unsere Volkswirtschaft abzusehen sind für die Ausführung des Friedensvertrages.

Bei Hypotheken und Industrieobligationen sind zwar noch die Werte vorhanden, das gibt aber den Gläubigern noch lange nicht das Recht, als Teil der Inflationsverkäuflicher das zu verlangen, was andre mit ebenso gutem Recht verlangen könnten und ihnen doch versagt bleiben muß. Die Aufwertungsfrage sollte weniger eine Frage des Rechts zwischen den beteiligten Parteien sein, sondern bei der ungeheuren Bedeutung dieser Frage für unser gesamtes Volksleben sollte sie nach der Richtung hin ihre Lösung finden, wie sie sich zum Besten des Volkes anzuordnen gestaltet und vor dem Volk in seiner Mehrheit am leichtesten moralisch verantwortet werden kann. Nach diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist das bekannte Reichsgerichtsurteil vom vorigen Jahre, welches die Aufwertungsfrist in dem von „Monitor“ bezeichneten Sinne ausspricht, und worauf sich schließlich auch die Aufwertungsregelung bezog, fehl. In den Augen des abstrakten Juristen mag es wohl richtig sein, doch das besagt noch lange nicht, daß eine Volkvertretung sich dieses Urteil als Richtschnur für ihr Handeln dienen lassen muß, wenn es in die Tat umgesetzt den Interessen, mehr noch den Lebensnotwendigkeiten des Volksganges zuwiderläuft.

Welche ungeheuerlichen Schwierigkeiten die Aufwertungsfrage schon da verursachen würde, wo die Werte noch erhalten blieben, bei den Hypotheken und Industrieobligationen, davon machen sich viele auch keine Vorstellung. Leicht wäre die Lösung, wo sich heute noch der erste Schuldner und Gläubiger gegenüberstehen. Wie aber, wenn der Gläubiger seine Person wechselte, wenn die Hypothek an Dritte zu schon entwertetem Gelde überging oder in der Folgezeit noch öfters der Hypothekenbrief den Besitzer wechselte? Wem soll dann aufgewertet, wie sollen die Wertgrenzen ermittelt werden? Etwa demjenigen, der zuerst das Papier in Händen hat und es vielleicht für billiges Geld erstand, wie das die Hypothekenbanken machten, die aber selbst nicht daran denken, ihre Hypothekendruckbriefe aufzuwerten? Dies ist nur ein ganz kleines Beispiel der vielen unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich einer solchen Aufwertung entgegenstellen, ganz zu schweigen von der Unmoral und Unmöglichkeit, einem Teil der Inflationsverkäuflicher aufzuwerten, wenn nicht allgemein aufgewertet werden kann. Es wäre lebhaft eine Belastung der breiten Massen.

Eine Nichtaufwertung würde natürlich ein ebenso großes Unrecht sein, würde doch hierdurch der Sachwerte höherer Klassen Gewinn aus dem Verlust des Gläubigers ziehen. Deshalb bleibt als einziger Weg die Aufwertung des durch die Inflation entwerteten Sachwertes durch das Reich. Die Form wäre die Eintragung einer Goldhypothek

zugunsten des Reiches in der Höhe, in welcher der Sachwertbesitzer durch die Inflation gewonnen hat. Hier wäre zur Feststellung dieser Höhe ein dankbares Feld für unsere Justiz, nachdem ein Reichstag, der für des Volkes Wohl mehr Verständnis hat als der zu Grabe getragene der Reichswahlen, die legislative Arbeit getan.

Die außerordentlichen Mittel, die durch eine solche Form der Aufwertung dem Reich zugute kämen, könnten viele Nöte des Volkes beheben, vor allem auch die Wohnungsnot. Das Reich und damit die Allgemeinheit würden ganz anders, nämlich viel, viel besser sich bei einer solchen Aufwertung stellen als wie bei der von „Monitor“ gewünschten. Auch der kleine Sparer und selbst unser großer Sparer, welcher ja auch ein Inflationsverkäuflicher ist, würden sich bei der Aufwertung in öffentliche Hand viel besser stellen als bei dem Verluste, denn der großen Masse des Volkes kann es nur gut gehen, wenn es in einem gesunden und nicht bankrotten Staatswesen lebt. Kein Geringerer als Walter Rathenau war es, der einmal schrieb: „Ein reich und mächtig im Staate, das ist der Staat selbst.“

Düsseldorf.

Adolf May.

Korrespondenzen

Aischaffenburg. Die Kollegen unseres Bezirks fanden sich am letzten September Sonntag in dem idyllisch gelegenen Main- sowie Weinstädtchen Klingenberg zu ihrer diesjährigen Herbstversammlung zusammen, nachdem die schwere Inflationszeit bisher jedes Zusammensein unterbunden hatte. Zahlreich waren die Kollegen aus Aischaffenburg, Amorbach, Miltenberg, Klingenberg und Obernburg, teils mit Familienangehörigen, erschienen. Vorsitzender Kernwein gab seiner Freude über den guten Besuch der Versammlung Ausdruck, stellte jedoch das Vergangene bis zur Gegenwart und erwartete, daß auch der Bezirk Aischaffenburg bei dem Wiederaufbau unserer Organisation ein tätiges Glied sein werde. Kollege Badier, der als Vertreter unseres Bezirks dem Goutage bewohnte, gab ein klares Bild von dessen Verhandlungen. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Großen Anwillen zeigten die Versammlungsteilnehmer über die nicht erfolgte Kündigung des Lohnabkommens, nachdem sich der Lebenshaltungsindeks von Woche zu Woche aufwärts bewegt, es wurde eine entsprechende Entschädigung gefordert. Die weiteren Angelegenheiten fanden die Zustimmung der Versammlung. Einige frohe Stunden hielten die große Buchdruckerfamilie noch beisammen und man schied mit dem Wunsche: „Auf Wiedersehen in Aischaffenburg!“

Bielefeld. Die aufbesuchte Bezirksversammlung in Herford am 14. September wurde vom Vorsitzenden Herkströter eröffnet. Nachdem der Mindener Kollegengangsverein einige Nieder sehr gut zum Vortrag gebracht hatte, wurden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt; u. a. machte der Vorsitzende von der Gründung der drei Ortsvereine Bünde, Hörter und Lippstadt Mitteilung. Eine Reihe Neuanmeldungen war zu verzeichnen. Der vom Kollegen Holz erstattete Kasserbericht wurde genehmigt; die Kasserverhältnisse sind als gute zu bezeichnen. Sodann gab Kollege Herkströter einen kurzen Bericht vom Hamburger Verbandstag. Den Ausführungen des Redners wurde mit großem Interesse gefolgt und eine rege Diskussion setzte ein. Kritisiert wurde, daß der Bau des Verbandshauses, der doch schon in Nürnberg beschlossen wurde, erst jetzt, nachdem unsere Kasse infolge der Inflation sehr gelitten hat, in die Tat umgesetzt werden soll. Von der Notwendigkeit der Bildungsarbeit ist die Kollegenschaft überzeugt. Bei dieser Gelegenheit gab Kollege Lesemann als Vertreter auf der Tagung des Bildungsverbandes in Leipzig Bericht. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die beabsichtigte Abtrennung des Bezirks Bielefeld vom Tarifkreis II. Allgemein wurde betont, daß der gesamte Bezirk Bielefeld mit Einschluß von Lippe nach wie vor nicht allein aus geographischen, sondern auch aus organisatorischen, wirtschaftlichen und Verkehrsgründen zum Gau Rheinland-Westfalen und zum Tarifkreis II gehöre. Dies befunde auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Erlass des Reichsarbeitsministers Anfang August d. J., der Lippe-Deimold dem Sülzfelderbezirk Westfalen zugeteilt habe. Das Unternehmertum habe nur aus lohnpolitischen Gründen Interesse an eine Angliederung Bielefelds an den Kreis I (Hannover). Die Gehilfenschaft des Bezirks Bielefeld fordert die maßgebenden Instanzen auf, dahin zu wirken, daß der Bezirk Bielefeld beim Kreis II (Rheinland-Westfalen) verbleibt. Die Behandlung der Maßfrage auf dem Verbandstag fand ebenfalls in der Versammlung keine Befriedigung. Es wurde verlangt, daß, um allen Schädigungen der Kollegenschaft aus dem Wege zu gehen, von den maßgebenden Instanzen einheitliche Richtlinien herausgegeben werden. Folgende Resolutionen fanden einstimmige Annahme: „Die zahlreich besuchte Bezirksversammlung des Bezirks Bielefeld in Herford betont aufs neue ihre Treue zum Gau Rheinland-Westfalen und erwartet deshalb von den maßgebenden Verbandsinstanzen, jeden Abplitterungsversuch sowohl in organisatorischer wie auch in tariflicher Beziehung energisch abzuwehren. Politisch und wirtschaftlich besteht keinerlei Anlaß, den Bezirk Bielefeld vom Gau Rheinland-Westfalen bzw. vom Tarifkreis II abzutrennen.“ Die in Herford tagende, zahlreich besuchte Bezirksversammlung des Bezirks Bielefeld erwartet, daß der Verbandsvorstand alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um den ersten Mai Sonntag als Maifeiertag zur Geltung zu bringen.“ Nachdem Kollege Herkströter noch verschiedene Erklärungen gegeben hatte, brach die Sängerschar von Minden noch einige Nieder prächtig zum Vortrag, und manches Kollegenglied, das in der Diskussion etwas hochschlug, beruhigte sich.

Brandenburg. Am 28. September fand unsere aufbelebte diesjährige Herbstbesitzerversammlung in Zieslar statt. Aus Katernow, Kauen, Belsig und Brandenburg waren die Kollegen teils per Eisenbahn, teils per Auto zahlreich erschienen. Galt es doch, neben der Abhaltung der Bezirksversammlung, den Senior unseres Bezirks, den 82jährigen Kollegen W. Leddin, der auf eine 57jährige Verbandsmittgliedschaft zurückblicken kann, zu ehren. Der Gesangsverein „Graphia“ leitete die Ehrung mit einem Ständchen vor dem Hause des Verbandsveteranen ein. Um 10 Uhr eröffnete Vorsitzender Wendt die Versammlung mit einer ehrenden Ansprache an den Kollegen Leddin, darin hervorhebend, daß dieser auch als Prinzipal stets Verbandsmittglied und Kollege geblieben sei. Dann begannen die Verhandlungen. Gauvorsteher Reineke (Stettin) gab den Bericht vom Verbandstage und Kollege Weerd den Bericht vom Gautag. Später wurde gemeinsam das Mittagessen eingenommen, worauf der fidele Teil des Tages in sein Recht trat. Die Zieslarer Kollegen hatten es sich nicht nehmen lassen, den Aufenthalt angenehm zu gestalten.

Burg i. M. Am 4. Oktober besang unser Ortsverein die Feier seines 50jährigen Bestehens, verbunden mit der 50jährigen Ortsvereinsmittgliedschaft der Kollegen Julius Köhm und Johannes Meißner. Zahlreich hatten sich dazu die Kollegen aus Magdeburg, Schönebeck, Zeitz, Osterwieck, Gemtin und die geladenen Gewerkschaftsvorstände eingefunden. Der „Graphische Gesangsverein“ (Magdeburg) trug in dankenswerter Weise ein großes Teil mit zur Verschönerung des Festes bei. Vorsitzender Steffenhagen begrüßte die Teilnehmer und ehrte die beiden Jubilare durch Überreichung je eines kostbaren Andenkens. Stadtrat Vissel überbrachte die Glückwünsche des Ortsausschusses. Die Festrede hatte Gauvorsteher König übernommen. Bezirksleiter Steimann (Magdeburg) überreichte namens seines Ortsvereins eine kunstvoll ausgeführte Adresse. Der Ortsverein Schönebeck hatte es sich ebenfalls nicht nehmen lassen, ein geschmackvoll ausgeführtes Gedenkblatt überreichen zu lassen. Die Feier nahm einen sehr schönen Verlauf und wird jedenfalls allen Teilnehmern noch lange im Gedächtnis bleiben. Den vielen auswärtigen Gratulanten an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Dillingen. Der Bezirksverein Donauwörth-Dillingen hielt am 5. Oktober seine Herbstversammlung hier ab. Der Besuch der auswärtigen Kollegen war ein guter. Kollege Bayer (Nürnberg) war in letzter Stunde verhindert, das übernommene Referat über den Hamburger Verbandstag zu halten. Auch vom Gauvorort konnte kein Referent mehr kommen, so daß sich der Vorsitzende Biermann selbst entschließen mußte, an Hand von Berichten die Anwesenden über den Verbandstag und über den Internationalen Buchdruckerkongress sowie über den Gautag zu informieren. In der sich anschließenden Diskussion wurde stark bemängelt, daß in einer Zeit, in der unser ganzes Geld der Inflation zur Beute fiel, ein Verbandshaus gebaut werden solle. Es wäre notwendiger, einen Kampffonds zu errichten, um endlich einmal andre Lohnresultate zu erzielen. Die vom Vorsitzenden vorgebrachten Einwendungen konnten die Versammlung nicht überzeugen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Bezirksversammlung ist nicht davon überzeugt, daß in einer Zeit, in der wir unsre Mittel notwendiger für andre Zwecke benötigen, der Bau eines Verbandshauses notwendig ist. Sie kann die Gründe, die von der Verbandsleitung angeführt werden, nicht als stichhaltig anerkennen. Namentlich bedauert die Versammlung auch, daß die Erhöhung der Unterstützungssätze erst ab 1. Januar in Kraft tritt.“ Nachmittags besichtigte man die Vereinigten Druckereien, A.-G., Dillingen, die sehr Interessantes boten, so daß die Kollegen voll befriedigt von dem Gesehenen waren. Eine Besichtigung der Maschinenfabrik Augsburg wird später erfolgen.

Gräfenhainichen. (60 Jahre Buchdruckerstadt.) Anlässlich der im Jahre 1874 erfolgten Gründung der ersten Buchdruckerei am hiesigen Orte durch Herrn Karl Heinrich Schulze hatten sich am 4. Oktober Prinzipale und Gehilfen zu einer gemeinsamen Feier im „Preußischen Hof“ eingefunden. An dieser Feier nahmen außer den Stadtältern eine große Anzahl auswärtiger Kollegen teil. Es waren dies alles alte Kämpfer, die zu der damaligen Zeit hier in Kondition gestanden haben, und nun so manche schöne Erinnerung austauschten. In den mehrfach gehaltenen Reden kam besonders zum Ausdruck die große Bedeutung, die unser Ort als Produktionsstätte für wissenschaftliche und fremdsprachliche Werke seit dieser Zeit gewonnen hat. Neben dem Gesangsverein „Typographia“, der sein Bestes hergab, unterhielt das Linger-Quartett (Ossau) die Festteilnehmer aufs angenehmste. Ein Violinkünstler, ein Nachkomme von Altvater Schulze, brachte einige Solostücke exakt zum Vortrage. So verlief der Abend, getragen von echt kollektalem Buchdruckergeist, in schönster Harmonie. Ein Ball bildete den Abschluß der Feier, an die sich mancher Kollege noch oft und gern erinnern wird.

Grünberg i. Schl. (Druker.) Am 27. bzw. 28. September fand hier die durch den Verein Breslauer Buchdruckmaschinenmeister einberufene Wanderversammlung der Maschinenmeistervereine des Kreises Schlesien statt. Sie wurde eingeleitet durch einen Kommerz am Sonnabendabend. Nach Empfang der auswärtigen Kollegen am Sonntag früh fand im Schützenauslaß die Eröffnung der Festversammlung durch den Kreisvorsitzenden Kleiner (Breslau) statt. Nach Begrüßung der Erschienenen erstattete der Kreisvorstand Bericht über seine Tätigkeit innerhalb des Kreises. Anschließend hieran ertönten zwei von einem Doppelquartett des Arbeitergesangsvereins sehr klangvoll vorgebrachte Lieder. Sodann berichtete Kollege Kleiner über den Kongress in Hamburg. In die sachlichen Ausführungen des Redners mischte sich eine sehr ausreichende Debatte. Unter „Verschiedenem“ wurden einige Fragen interner Natur behandelt. Den Schluß der Versammlung bildete ein gemeinsamer Gesang eines von einem alten Breslauer Kollegen

eigens zur Wanderversammlung gedichteten Liedes. — Den Nachmittag füllte ein Rundgang über die Grünberger Höhen mit gemüthlichem Beträumen im Berarrestaurant „Augusthöhe“ bis zur Abfahrt des Zuges nach Breslau aus. War es auch nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl Kollegen aus dem Kreise Schlesien, die dem Rufe des Kreisverbandes nach hier gefolgt war, so schieden doch die erschienenen Kollegen mit dem Bewußtsein von uns, einige recht fröhliche und gemüthliche Stunden in unsrer Obst- und Weinstadt verlebt zu haben.

Jena. (Druker.) In einer Wanderversammlung, die am 28. September hier tagte, erstatteten die Kollegen Bampe und Lehmann vom Kreisvorstand Leipzig einen ausführlichen Bericht. Besucht war die Versammlung von Druckerkollegen aus Gera, Jena, Naumburg und Weimar. In der regen Aussprache über den Bericht wurde die Arbeit der Funktionäre dankend anerkannt, obwohl der Kongress noch manchen Wunsch unerfüllt ließ. Alle Redner vertraten die Auffassung, daß nur im Rahmen des Verbandes auch in der Zukunft erfolgreich für die materielle Besserstellung der Druckerkollegen zu wirken ist. Ein Antrag, für die in Thüringen gelegenen Druckervereine, die dem Kreis Leipzig angeschlossen sind, jedes Jahr eine Wanderversammlung abzuhalten, fand allseitige Zustimmung.

Kaiserslautern. (Maschinenseker.) In der Versammlung der Bezirke Neustadt, Landau und Kaiserslautern-Zweibrücken sowie Birmansens am 28. September waren von Landau 3, Neustadt 14, Birmansens 1, Kaiserslautern 10 Kollegen anwesend. Zweibrücken war nicht vertreten. Vorsitzender Müller (Kaiserslautern) eröffnete die Versammlung, hieß die erschienenen Kollegen, insbesondere den Referenten, Kollegen Weyrich (Mainz), und den Bezirksvorsitzenden May willkommen. Kollege Weyrich referierte über die Maschinenlebertagung in Hamburg. Seine lehrreichen und interessanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Die Diskussion bewachte sich in zustimmendem Sinne. Am Schluß der Versammlung wurde der Wunsch laut, noch öfter solche gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten.

Köln a. Rh. (Maschinenseker.) Die am 28. September in Aachen abgehaltene Versammlung der Gauvereinigungen hatte einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen. Nach einem Gesangsprotokoll der „Graphia“ (Aachen) dankte Vorsitzender Schrod allen Vertretern für ihr Erscheinen. Für den Ortsverein Aachen begrüßte Kollege Riden die Anwesenden; den Dank der Sparte überbrachte Kollege Krings. Unter Punkt „Geschäftliches“ verurteilte der Vorsitzende den Abbau der Besatzungszulage und bedauerte es lebhaft, daß die Kollegen den Abzug so still hingenommen hätten. Die Besatzungszulage sei Lohn, und eine starke Opposition müsse einsehen, um den alten Lohn zu halten. Weiter kam er auf die Einführung der Sonntagsarbeit in verschiedenen Bezirken zu sprechen. Dort, wo sie einmal abeschafft, dürfe sie nicht wieder eingeführt werden. Den Kassenbericht gab Kollege Richter ab. Dann teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Vereinigung im Juni 1925 auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken könne. Schärfstes Mißtrauen wurde den Prinzipalen für ihr unsoziales Verhalten ausgesprochen.

Lörrach. Unsrer am 28. September in Müllheim abgehaltene Herbstbesitzerversammlung hatte eine außerordentlich starke Besucherzahl aufzuweisen. 60 Kollegen aus fast allen Druckorten des Bezirks hatten der Einladung des Bezirksvorstandes Folge geleistet. Außerdem waren erschienen vom Gauvorstand die Kollegen Sandfort und Müller (Freiburg) sowie von der Sektion Basel des Schweizerischen Typographenbundes die Kollegen Kern und Haas, welche letzterer seine Eindrücke vom IX. Internationalen Buchdruckerkongress schilderte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Sandfort (Freiburg) einen ausführlichen Bericht über den Verbandstag in Hamburg, dem die Versammlung mit Interesse folgte. Wenn auch die praktische Arbeit, die dort geleistet wurde, anerkannt wurde, so wurde doch gewünscht, daß der fortgesetzten Steigerung des Verbandsbeitrags einmal ein energisches Halt entgegengerufen wird. Unter dem dritten Punkte der Tagesordnung erfolgte die Ehrung von drei Kollegen für 25jährige Verbandsmittgliedschaft. Es waren dies Gustav Calame (Lörrach), Friedrich Schneider (Lörrach) und Gottlieb Wieland (Randern). Der Nachmittag wurde ausgefüllt durch prächtige Gesangs- und urkomische Vorträge der „Typographia“ (Freiburg). Den wackeren Sängern sei hiermit nochmals herzlich gedankt.

Allgemeine Rundschau

Nachmenswertes Beispiel. Aus Anlaß der Rückkehr des seit fünfviertel Jahren ausgewiesenen Verlegers der „Frankenthaler Neuesten Nachrichten“ (Znh. Ernst Kenecker) gewährte die Firma ihrem gesamten Personal einen doppelten Wochenlohn und einen Extralohn von acht Tagen. Auch werden die Krankentassen- und Invalidenbeiträge von der Firma bezahlt. Außerdem soll eine Unterstützungskasse für Krankheitsfälle und eine Pensionskasse errichtet werden.

Internationaler Druckmaschinenwettbewerb. Wie uns aus Wien mitgeteilt wurde, veranstaltet die dortige Graphische Gesellschaft einen internationalen Druckmaschinenwettbewerb, an dem sich alle Buchdrucker des Inlandes und des Auslandes beteiligen können. Zu diesem Behuf sind folgende Preise festgesetzt worden: erster Preis 1 Million, zweiter Preis 500 000, dritter Preis 300 000 österreichische Kronen, ferner zehn Anerkennungspreise zu je 100 000 Kr. Zulässig zum Wettbewerb sind alle Arbeiten des Akzidenzsaßes Luxus- und Gebrauchsdruckarten sowie auch Inserate, die ausschließlich in Buchdruck unter Verwendung von höchstens drei Farben herstellbar sein müssen. Es können Skizzen sowie auch bereits fertigestellte Druckarten eingesandt werden. Den einzusendenden Arbeiten, die mit einem Kennwort versehen sein müssen,

ist ein verschlossenes Kuvert beizulegen, auf dem sich außen das Kennwort befindet, innen der Name und die Adresse des Einsenders sowie die Quellenangabe des verwendeten Schriftzeigereimaterials beilegen sein müssen.

Eröffnung Mergenthalers. Am 28. Oktober d. J. waren 25 Jahre verflossen, seit Ottmar Mergenthaler in Baltimore die Augen für immer schloß. Zur Erinnerung an den Erfinder der Seksmaschine wird die Mergenthaler Seksmaschinenfabrik G. m. b. H. in Berlin, die bekanntlich die Erfindung Mergenthalers, die Linotype, in Deutschland eingeführt und in den heute vorhandenen zehn Modellen ausgebaut hat, am 9. November in Nacht bei Mergenthaler, dem Geburtsort Mergenthalers, eine Gedenktafel enthüllen.

Bekehrung ein und fest. Unter Bezugnahme auf unsern Artikel in Nr. 91 (Abschnitt III), worin die sehr unterschiedlichen Einkommensteuersätze von 1914 und 1924 kritisch gegenübergestellt werden, wird uns ein drastisches Beispiel aus Württemberg übermittelt. Ein verheirateter Stuttgarter Kollege (ohne Kind) hatte laut vorliegendem Steuerzettel für 1913 aus seinem Gesamtjahreseinkommen von 1600 M. 13,65 M. Staatssteuer und 6,50 M. Gemeindesteuer, zusammen 20,15 M. zu bezahlen.

Über die Tendenz der „Telegraphen-Union“. Der Kurs der „T.-U.“, eines Korrespondenzbureaus, das ab und zu auch über die Arbeiterbewegung tendenziöse Meldungen verbreitet, soll, wie der „Vorwärts“ mitteilt, zukünftig noch weiter nach rechts gedreht werden.

Änderung des Postkartenformats. Auf dem kürzlich in Stockholm abgehaltenen Kongreß sind die Postvereinsränder übereingekommen, die im Velpostverkehr für Postkarten bisher vorgegebenen Höchstmaße von 9 x 14 cm mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 an heraufzusetzen. Man hat sich auf die Höchstmaße von 10,5 x 15 cm geeinigt.

Änderung der Arbeitszeitverordnung. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte in einer Beprechung, die er mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiterverbände Ober-schlesiens hatte, daß in den nächsten Wochen eine Verordnung herauskommen soll, die eine Änderung des § 7 der Arbeitszeitverordnung bringen wird.

Der Arbeitsmarkt im September 1924. Wie im „Reichsarbeitsblatt“ vom 1. November mitgeteilt wurde, hat das Ergebnis aller der Beobachtung des Arbeitsmarktes dienenden Statistiken für den Monat September den Eindruck günstiger Entwicklung bestätigt.

10,6 Proz., in der ersten Oktoberhälfte 7,9 Proz. Bei den Arbeitslosen hob sich das Stellenangebot insgesamt um 29 Proz. gegenüber dem Vormonat, während die Zahl der Arbeitsgesuche im Verhältnis nur eine geringe Zunahme um rund 6 Proz. zeigte.

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Table with 8 columns: Monat, Verband der Deutschen Buchdrucker, Hilfsarbeitersverband, Lithographen und Stein-drucker, Buchbinder, Gutensbergbund, Graphischer Zentralverband (Austriak), Gesamtheit aller deutschen Fachverbände. Rows for 1923 and 1924 months.

Literarisches

Leserdruck-Sonderheft des „Deutschen Buch- und Stein-druckers“. Mit diesem Sonderheft kündigt sich eine neue Epoche im Leserdruck an, schon durch die äußere Ausstattung des Heftes wird die erreichte Entwicklungsstufe gekennzeichnet.

Briefkasten

A. A. in A.: Bittet sich für die „Korrespondenzen“ noch über die zurückliegende Sache berichten. Im übrigen herrscht gegenwärtig wirklich kein Stoffmangel.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191. Postfachkonto: Berlin Rk. 102887 (H. Schweinly)

Adressenänderungen

Carl-Wagold-Kassenkass. Vorstands- und Vertrauensmann: Paul Fassb., Carl-Wagold-Str. 277, III. Kreisbürg. (D. S.). Vorsitzender: Joseph Röhler, Chausseestraße 23, II; Kassierer: Julius Kurz, Schmiedestraße 1b.

Zur Ausnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse): Im San-Jamburg-Museum die Ecker 1. Louis Clafen, geb. in Sulz am 1904, ausgel. das 1923; 2. Walter Rabach, geb. in Brandenburg 1898, ausgel. das 1916; 3. Willi Schliegen, geb. in Tilsit 1863, ausgel. in Hamburg 1903; die Bruder 4. Willi Funderg, geb. in Hamburg 1901, ausgel. das 1920; 5. Fritz Erlingmuth, geb. in Jantoch 1902, ausgel. in Hamburg 1920; waren schon Mitglieder. — Fr. Künzler in Hamburg, Besenbinderhof 57. Im San Ober der Ecker 1. Paul Seidel, geb. in Greiffenberg 1901, ausgel. das 1920; 2. Kurt Kallier, geb. in Spremberg 1900, ausgel. in Doyerswerda 1918; 3. Helmhold Feilich, geb. in Sorau 1882, ausgel. das 1908; 4. Theodor Vogt, geb. in Celle 1. Hann. 1888, ausgel. in Lützen 1916; waren schon Mitglieder — Gustav Meinte in Eutin, Lindenstraße 20 I.

Versammlungskalender

Rudwigshafen a. Rh. Versammlung Sonnabend, den 15. November, abends 7 Uhr, im „Terminus“, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Mannheim. Raupschneiderei-Versammlung Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Hof“, R 3, 15a. Weisburg. Versammlung Sonnabend, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Breitengasse“.

Anzeigengebühr: die sechsgespaltene Zeile 15 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzugsung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 B).

Zeitungssetzer

für Berliner Tageszeitung gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, die beratige Stellung schon bekleidet haben und durchaus selbständig arbeiten können. Geh. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten unter Nr. 363 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königlstr. 7.

Gewandter, zuverlässiger Inseratenmetteur

für unsere Tageszeitung sofort gesucht. Es kommen nur solche Kräfte in Frage, die einen beratigen Posten schon mit Erfolg bekleidet haben. (414) „Neues Mannheimer Volksblatt“, Mannheim.

Inseratensetzer

durchaus tüchtig, im Umbrechen gewandt, per sofort gesucht. (404) R. Kell & Co., Offenburg (Baden).

Schriftsetzer (erste Kraft)

Selbstbetriebl. mit der selbständigen Anfertigung geschmackvoller Arbeiten im Akzidenz- und Anzeigenfach gründlich vertraut, gesucht. Meldungen mit Zeugnisabschriften, Sachproben und Gehaltsangabe. „Berliner Anzeiger“, Jagemann & Koethers, Berner l. Westfalen, Bahnhofstraße 71.

Tüchtige Akzidenzsetzer

unverheiratet, die an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind, finden angenehme Stellung in der Buch- und Verlagsdruckerei Joseph Dostal, Eschweiler b. Aachen.

Nach Detmold wird

guter Akzidenzsetzer

für sofort gesucht. (410) Meyersche Hofbuchdruckerei, Detmold.

Jüngerer, lediger Werksetzer

der gute Handhabungen erlernt und Begabung für Maschinenbehandlung besitzt, von angelegener größerer Druckerei Mitteldeutschlands zur Ausbildung an der Typographischen Maschine gesucht. Ausführlich gehaltene Angebote mit Alter und Lohnwünschen unter Nr. 397 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königlstr. 7, erbeten.

Wir suchen für möglichst sofort einen

tüchtigen Linotypsetzer

bei guter Bezahlung und Dauerstellung. Nur erstklassige Kräfte wollen sich melden. (412) „Norddeutsche Volksstimme“, G. m. b. H., Bremerhaven, Am Hafen 40. Organ der SPD.

Linotypsetzer mit erstklassigen Leistungen, daran korrekt und flottes Arbeiten gewöhnt und nachweisbar gutes Maschinenkennner und -pfleger ist, gegen höchsten Lohn in Dauerstellung sofort gesucht. „Volksblatt-Druckerei (Wilhelm Meyer), Hildesheim.

Zwei Linotypsetzer

werden für sofort gesucht bei einer Bezahlung von 8,05 RM. über Minimum von (389) E. Müllers Buchdruckerei, Eberswalde.

Ein Linotypsetzer

für Ideal,

ein Typographsetzer

A oder B, flink und korrekt, mit mehrjähriger Praxis, gute Maschinenkennner und -pfleger, bei hohem Lohn gesucht. Angebote mit Lohnforderung an (300) G. Seger, G. m. b. H., Bensheim.

Tüchtiger, erfahrener Linotypsetzer

für Ideal-Maschine sofort gesucht. (409) J. Schneider, Buchdruckerei, München, Rosental 6.

Tüchtiger, selbständiger, unverheirateter

Typographsetzer

guter Maschinenpfleger, für B-Maschine zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. Angebote an (392) J. Rheinberger, Abteilung Zeitungsdruck, Bad Dürkheim (Rheinpfalz).

Tüchtiger, korrekter

Typographsetzer

mit guter Maschinenkenntnis für U-B-Maschine zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote an (403) W. Erwin, Dortmund, Dipe 24.

Illustrationsdrucker

durchaus tüchtige und erfahrene Kräfte, der im Autotypsetzwerk Gutes leistet, gesucht. Angenehme Dauerstellung, hoher Lohn. (405) Angebote mit Eintrittstermin, Zeugnissen und Lohnangabe an J. Ph. Walther, Buch- und Kunstdruckerei, Mannheim D 6, 4-5.

Wir suchen für sofort und dauernd gewissenhaften und flotten

Monotypsetzer

(D-Taster). Schriftliche Bewerbungen mit Lohnansprüchen erbeten. Koffbergische Buchdruckerei, Leipzig.

Werkrotationsdrucker

in dauernde Stellung gesucht. Zuschriften an Oskar Meißner, Buchdruckerei, Werdau (Sa.).

Einen Stereotypsetzer

für Flach und Rund steil sofort ein (388) E. Müllers Buchdruckerei, Eberswalde.

Schriftgießer

tüchtig und zuverlässig an der Zouker-Komplettmaschine, in dauernde Stellung sofort gesucht. (279) Bauersche Gießerei, Frankfurt a. M.



MITGLIEDSKARTE-WETTBEWERB

Der letzte Einfindungstermin ist der 30. November. Pünktlicher Eingang der Entwürfe ist unbedingt notwendig. Die Preisrichter nehmen am 2. Dezember die Bewertung vor, und im Dezemberheft der »Typographischen Mitteilungen« erscheinen die prämierten Entwürfe. Fünf Geldpreise (insgef. 100 M.) und fünf lobende Erwähnungen gelangen zur Verteilung. BILDUNGSVERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8

Nach Mitteldeutschland!

Linotypsetzer

verheiratet, sechs Jahre Praxis, in ungekündigter Stellung, wünscht sich in angenehme Dauerstellung zu verändern. Wohnung angenehm, nicht beengend. Ausf. Off. unter W. H. 413 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königlstr. 7.

Typographsetzer

A, B, U, langjährige Praxis, ledig, wünscht sich in dauernde Stellung zu verändern. Offerten unter Nr. 400 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königlstr. 7, erbeten.

Jünger

Seherstereotypsetzer

21 Jahre alt, sucht zum 15. November Stellung. Walter Klemmer, Neuruppin, Markgrafstraße 6.

Langjähriger Zeitungssachmann sucht für 1. Januar oder früher in einem größeren oder mittleren Zeitungs-, Akzidenz- oder Werkbetriebe Stellung als Faktor oder

technischer Betriebsleiter

Hervorragender Organisator und Disponent. Erste Referenzen stehen zur Verfügung. Best. Angebote an (395) Peter Schmitt, Heppenheim a. d. B. (Nährerhaus).

Schriftsetzer

verheiratet, bewandert in allen Sacharten, Korrektor, sicher im Disponieren, befähigt, mittlerem Betriebe vorzustehen, sucht Stellung in Dresden oder näherer Umgebung. Offerten erbeten unter Nr. 394 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königlstr. 7.

Schriftsetzer oder Schweizerdegen

für Berliner Vorort sofort gesucht für Zeitung und Akzidenzen. (407) „Berliner Zeitung“, Berlin bei Berlin.

Linotypsetzer

für Müllital oder Eindrück per sofort gesucht. (387) Buchdruckerei Jank, Groß-Berau.

Tüchtiger Linotypsetzer

mit Maschinenkenntnissen in Dauerstellung für sofort oder später gesucht. (Schichtwechsel, Tageslohn, Spigenlohn wird gezahlt. (392) Hofefeld a. Witte, Zban 1. Sa.

In sächsischer Großstadt ist die Stelle eines

Schweizerdegen

für Stereotypie, Satz und Tiegeldruck sofort zu besetzen. Es kommen nur Herren mit längerer Tätigkeit in Titelfabriken in Frage. Off. mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 330 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königlstr. 7, erbeten.

Für meine zwei Schnell-, Tiegel- und Postpressen suche ich einen erfahrenen, arbeitsfreudigen, nicht zu jungen

Schweizerdegen

Die Stellung ist bei guten Leistungen dauernd. Lohn über Tarif. Zeugnisabschriften an Buchdruckerei G. J. Soy, (408) Göttrich l. H.

Wir suchen zu baldigem Eintritt (358)

Zwei Linotypsetzer

mit längerer Praxis. Bei zufriedenstellenden Leistungen Dauerstelle und entsprechende Bezahlung über Tarif. „Echo der Gegenwart“, Aachen.

Autotypie- und Plattendrucker

an sauberes Arbeiten gewöhnt, zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit näheren Angaben an (376) W. Erwin, Dortmund.

Maschinenmeister

(Qualitätsarbeiter), welcher reiche Erfahrungen im Illustrations- und Farbdruck hat, wird in gutbezahlte Stellung nach Dresden zum baldigen Eintritt gesucht. (391) Angebote sind zu richten an Kämmerer & Jonas, G. m. b. H., Dresden-A. 16.

Tüchtiger Schriftgießer

der auch im Fertigmachen geübt ist, für unser Münchner Zweiggeschäft gesucht. Bewerbungen an (392) Genssch & Keyse, Schriftgießerei R.-G., Hamburg 22.

Dauerstellung Maschinenmeister

30 Jahre alt, led., mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht angenehme Dauerstellung, event. Ausbild. an Rotations- (Vormern bevorzugt.) Off. Off. unter Nr. 402 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königlstr. 7, erbeten.

Jünger Schriftsetzer

sucht sofort Stellung zwecks weiterer Fortbildung. (385) Geh. Angeb. an W. Hanke, Oberglöhen (G.-G.), erbeten.

Offsetdrucker

Alle Bedarfsartikel und Maschinen für den Offsetdruck liefern prompt (322) Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Die folgend Format machen mit 140 Kbbild. pokfret 2 7/8. Werkzeuge für Satz u. Druck (Preisliste). M. Kaus, Stuttgart, Ludwigsstraße 3.

Am 1. November verstarb unser lieber Kollege

Peter Hof

aus Aßig, im Alter von 68 Jahren. (411) Mit ihm ist ein liebenswürdiger Kollege dahingegangen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren. Bezirksverein Mainz.

Am 1. November verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

August Stiel

aus Bad Kreuznach, im 64. Lebensjahre. (408) Aber 30 Jahre hat er mit uns gearbeitet. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Die Kollegen der Frankfurter Societätsdruckerei.

Am 1. November verstarb nach längerem Leiden unser weiterer Kollege, der Setzer

Max Koschale

aus Breslau, im Alter von 36 Jahren. Wir werden das Andenken dieses braven Kollegen allzeit in Ehren halten. (390) Ortsverein Breslau.

Am 26. Oktober suchte und fand den Freitod unser wertiges Mitglied, der Setzer

Herm. Muschade

im Alter von 61 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm G.-V. Halle a. d. S. (418)

Am 31. Oktober verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Paul Weber

im 57. Lebensjahre. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Das Personal der Firma G. Berthold, Schriftgießerei und Messingliniensfabrik, Berlin.